

„Wir müssen den Mittelstand entlasten“

Bundestagsabgeordneter Wolfgang Götzer sieht CSU im Aufwind und stellt Steuererleichterungen in Aussicht

Nach jahrelanger Durststrecke scheint die CSU einer aktuellen Umfrage zufolge wieder im Aufwind zu sein. 46 Prozent sagen die Demoskopien des Instituts Infratest-dimap derzeit den Christsozialen voraus. Der Landshuter Bundestagsabgeordnete und Justiziar der Unionsfraktion Dr. Wolfgang Götzer sieht in den Zahlen eine Bestätigung für den Kurs seiner Partei. Wie Götzer 2011 Wähler zurückzugewinnen will, welche Chancen er für Steuersenkungen sieht und was er von der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke hält, sagt der 56-Jährige im LZ-Gespräch.

LZ: Herr Götzer, glaubt man den Umfragen, ist die absolute Mehrheit für die CSU in Reichweite. Ministerpräsident und Parteichef Horst Seehofer hat die Zahlen ganz selbstbewusst für sich reklamiert. Zu Recht?

Dr. Wolfgang Götzer: Alle Führungskräfte der CSU haben ihren Anteil an den besseren Zahlen. Entscheidend ist für mich jedoch die Gemeinschaftsleistung der Partei. Bis zum einfachen Mitglied hat jeder sein Scherflein zu der Trendwende beigetragen. Letztlich kommt es aber nicht auf Umfragen an, sondern darauf, dass wir die nächsten Wahlen erfolgreich bestehen.

„Mehr Steuergerechtigkeit bleibt das Ziel der CSU“

Dass die CSU in Umfragen zulegt, hatten nur wenige erwartet. Schließlich hat die Partei von ihrem Konzept „Mehr Netto vom Brutto“ nicht viel umgesetzt. Im Gegenteil: Die Sozialversicherungsbeiträge sind zum 1. Januar sogar gestiegen. Wie erklären Sie das Ihren Wählern?

Die CSU möchte die Lohnnebenkosten niedrig halten. Dass die Krankenversicherungsbeiträge angehoben worden sind, hat diesen Grund: Während der Wirtschaftskrise hatte die Bundesregierung die Beiträge gesenkt, damit die Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben. So wollten wir die Kaufkraft erhöhen und die Konjunktur stärken. Das ist gelungen, die Wirtschaft wächst wieder. Nun kehren wir bei den Beiträgen zur Krankenversicherung zum Betrag vor der Krise zurück.

Die CSU hatte vor der Wahl 2009 Steuererleichterungen versprochen. Davon ist bislang nicht viel zu spüren. Haben Sie das Ziel aufgegeben angesichts der massiven Widerstände vor allem in der CDU?

Tatsache ist, dass wir wegen der Konsolidierung des Bundeshaushalts keine großen Spielräume für Steuererleichterungen haben. Insofern dürfen wir keine übertriebenen Erwartungen bei den Leuten wecken. Aber: Mehr Steuergerechtigkeit bleibt das Ziel der CSU. Bürger mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen sollen schließlich etwas von einer Lohnerhöhung haben. Außerdem: Der sogenannte Mittelstandsbau muss dringend weg. Das werden wir noch in dieser Legislaturperiode, also bis spätestens 2013, anpacken.

Sie haben es selbst angesprochen: Die öffentlichen Kassen sind leer, auch heuer wird allein der Bund wieder fast 50 Milliarden Euro Schulden aufnehmen. Wie können Sie vor der jungen Generation da Steuersenkungen rechtfertigen?

Die Politik darf sich nicht allein an Sparzwängen orientieren. Eine Steuerreform refinanziert sich ohnehin zu einem Teil, weil niedrigere Steuern mehr Kaufkraft und damit ein höheres Wachstum zur Folge haben – was letztlich wieder zu mehr Steuereinnahmen führt. Zudem müssen wir die Haushalte auch über die Ausgabenseite konsolidieren.



Der Jurist Dr. Wolfgang Götzer vertritt den Wahlkreis Landshut seit mehr als 20 Jahren im Bundestag. Als Justiziar gehört er in dieser Legislaturperiode zum engeren Führungszirkel der Unionsfraktion. (Foto: Archiv/gs)

Das ist mit Blick auf Kürzungen bei Sozialausgaben nicht populär. Aber bei Investitionen in Zukunftsprojekte, zum Beispiel in die Infrastruktur, darf der Staat nicht kürzen. Das wäre schlecht für den Standort Deutschland und würde viele Arbeitsplätze kosten.

„Der Länderfinanzausgleich soll Hilfe zur Selbsthilfe sein“

Auch in Bayern muss gespart werden. Die Staatsregierung hat wohl auch deswegen einen weiteren Anlauf genommen, den Länderfinanzausgleich neu zu regeln. Schließlich muss Bayern als stärkstes Bundesland derzeit 3,7 Milliarden Euro an die sogenannten Nehmerländer überweisen. Steht auch die CSU-Landesgruppe im Bundestag hinter dem Vorhaben der Staatsregierung?

Wenn man die Zahlen anschaut, sieht man, dass der Länderfinanzausgleich dringend überarbeitet werden muss. Mit Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und – in ganz geringem Umfang – Hamburg gibt es nur noch vier Geberländer, die in den Topf einzahlen. Dagegen ist die Zahl der Nehmerländer, die Leistungen empfangen, auf zwölf gestiegen. So funktioniert das System nicht – und so war es auch nicht gedacht. Der Länderfinanzausgleich soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir Bayern haben es vorgemacht, denn einst waren wir selbst Nehmerland. Dann haben wir unter dem damaligen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß die Ärmel aufgekrempt, uns weiterentwickelt und sind zum Geberland aufgestiegen. Das sollte auch das Ziel der jetzigen Nehmerländer sein. Sie sollten sich nicht in ihrer aktuellen Lage bequem einrichten, sondern anpacken.

Besonders ärgerlich finde ich es, wenn Nehmerländer wie Rheinland-Pfalz sich damit brüsten, ein kostenloses Kindergartenjahr zu finanzieren. Das ist schon eine Unverschämtheit – denn wir in Bayern

können uns das nicht leisten, und trotzdem zahlen die bayerischen Bürger den Leuten in Rheinland-Pfalz solche Annehmlichkeiten über den Länderfinanzausgleich indirekt mit. Gerecht ist das nicht. Und deshalb steht die CSU-Landesgruppe auch in diesem Punkt hinter der bayerischen Staatsregierung.

Für Verunsicherung bei den Verbrauchern hat der Skandal um Dioxin in Futter- und Lebensmitteln gesorgt. Im Kreuzfeuer der Kritik steht mit Ilse Aigner die zuständige CSU-Bundesministerin. Wie beurteilen Sie ihr Krisenmanagement?

Da muss man die Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern beachten. Für die meisten Dinge, die bei dem Skandal eine Rolle spielen, sind die Länder zuständig und nicht Ilse Aigner. Was die Bundes-Verbraucherschutzministerin tun kann, das macht sie – wie der von ihr vorgelegte Aktionskatalog zeigt, der unter anderem auch mehr Kompetenzen für den Bund vorsieht. Man muss zudem sagen, dass sich Verstöße gegen geltendes Recht nie ausschließen lassen. Es geht nun darum, diesen Kriminellen das Handwerk zu legen. Dafür sind mehr Kontrollen bei Lebensmitteln nötig.

Unter massivem Druck steht auch Karl-Theodor zu Guttenberg. Der Bundesverteidigungsminister muss sich mit diversen Bundeswehr-Problemen herumschlagen: Die Vorfälle auf dem Segelschiff Gorch Fock, der Tod eines Soldaten in Afghanistan und geöffnete Feldpost von Soldaten kratzen am Image des CSU-Hoffnungsträgers. Hat der Minister seine Truppe nicht im Griff?

Natürlich hat zu Guttenberg die Situation bei der Bundeswehr im Griff. Er hat bislang völlig richtig gehandelt: Den Kapitän der Gorch Fock von seinem Kommando zu entbinden, bis die Vorwürfe geklärt sind, war schon aufgrund der Für-

sorgepflicht nötig. Der Bundesverteidigungsminister musste den Kapitän aus der Schusslinie nehmen. Das war keineswegs eine Vorverurteilung, wie die Opposition behauptet. Was den Fall des toten Soldaten angeht, der offenbar durch einen Schuss aus der Waffe eines Kameraden getötet worden ist, hat zu Guttenberg ebenfalls das Notwendige veranlasst und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Diese wird den Vorfall nun untersuchen. Und bei dem vermeintlichen Skandal um geöffnete Feldpost geht es insgesamt um rund 30 Briefe. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, dass in Afghanistan stationierten Soldaten Tausende Briefe im Jahr nach Hause schicken. Trotzdem muss und wird auch dieser Fall natürlich aufgeklärt werden.

Haben Sie nicht trotzdem Angst, dass zu Guttenbergs glänzende Umfragewerte angesichts der negativen Schlagzeilen sinken?

Aus meiner Sicht steckt hinter den Meldungen eine Kampagne einiger Medien. Diejenigen, die zu Guttenberg in den vergangenen Wochen in den Himmel geschrieben haben, versuchen ihm nun Skandale anzuhängen. Ich bin aber sicher, dass die Wähler das durchschauen.

„Sicherheitsbedenken habe ich auch bei Isar 1 nicht“

Die Bundesregierung wurde gerade in der Region Landshut wegen ihrer Atompolitik heftig kritisiert – Stichwort Isar 1. In Landshut hat sich die CSU-Fraktion gegen die Verlängerung der Laufzeit dieses Kernkraftwerks gewandt und eine entsprechende Resolution in den Stadtrat eingebracht. Sie haben diesen Antrag nicht unterstützt. Trotzdem: Hat die Resolution etwas bewirkt?

Man hat die Resolution sehr wohl in Berlin und München aufmerksam registriert. Gleichwohl ist die Rest-

laufzeit von Isar 1 um acht Jahre verlängert worden. Das Kraftwerk geht deshalb nicht 2011 vom Netz. Wobei mich die Verlängerung um acht Jahre selbst überrascht. Ich hatte damit gerechnet, dass die Restlaufzeiten auf jüngere Kernkraftwerke wie Isar 2 umgeschichtet werden. Sicherheitsbedenken habe ich indes auch bei Isar 1 nicht.

Seit Monaten veranstalten Atomkraftgegner Mahnwachen vor Isar 1. Ist das Ihrer Ansicht nach der Protest einer Minderheit?

In der Region Landshut leben wir seit Jahrzehnten mit der Kernkraft. Ich denke, die Mehrheit akzeptiert das, auch wenn niemand diese Technologie liebt. Wir sollten deshalb nur so lange an der Kernenergie festhalten, wie sie unverzichtbar ist. Gleichzeitig müssen wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Genau das hat die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept vor.

In Bayern wird über die Bewerbung von München und Garmisch-Partenkirchen für die Olympischen Winterspiele 2018 gestritten. Was halten Sie von dem Projekt?

Es wäre eine großartige Sache, wenn Olympia 2018 nach Bayern kommen würde. Und zwar nicht nur aus sportlichen Gründen. Man hat 1972 bei den Olympischen Sommerspielen gesehen, was im Zuge der Spiele in der Region München an Infrastruktur und Bauwerken entstanden ist. Ein Beispiel ist die U-Bahn. Ich bin sicher, dass ganz Südbayern zumindest mittelbar von Olympischen Winterspielen in München profitieren würde.

„Was die Grünen betreiben, ist Verweigerungspolitik“

Die Grünen sehen das anders und sprechen sich – wie viele Naturschützer und Grundstückseigentümer in Garmisch-Partenkirchen – gegen die Bewerbung aus. Können Sie die Bedenken nachvollziehen?

Die Grünen sind inzwischen ja gegen alles und lehnen nicht nur Großprojekte generell ab. Olympia 2018 ist nur ein Beispiel. Was die Grünen betreiben, ist Verweigerungspolitik. Worum es bei Olympia 2018 gehen muss, ist, möglichst bald eine konstruktive Lösung mit den Grundstückseigentümern zu finden.

Olympia 2018 ist noch weit weg. Dagegen stehen die nächsten Wahlen bereits vor der Tür. Ihre Schwesterpartei CDU und Ihr Koalitionspartner FDP stehen 2011 bei sieben Landtagswahlen auf dem Prüfstand. Besonders der Urnengang in Baden-Württemberg gilt als Gradmesser für die Bundesregierung. Wie sind die Aussichten für Schwarz-Gelb?

Ich bin zuversichtlich, dass die CDU in Baden-Württemberg nach der Wahl Ende März weiter den Regierungschef stellen wird. Die Umfragewerte für die CDU steigen dort kontinuierlich und liegen derzeit bei 40 Prozent plus x. Die Wähler honorieren die konsequente Haltung von Ministerpräsident Stefan Mappus zum Bahnhofprojekt Stuttgart 21. In dieser Hinsicht war die Schlichtung durch Heiner Geißler sehr hilfreich.

Was aber, wenn Schwarz-Gelb im Ländle doch aus der Regierung fliegt: Würde die Koalition im Bund daran zerbrechen?

Das wäre natürlich ein harter Schlag und das Regieren würde in diesem Fall sicher nicht einfacher. Die Bundesregierung würde jedoch auch bei einer Niederlage in Baden-Württemberg weiterarbeiten – aber dieser Fall wird nicht eintreten.

Das Gespräch führte Johannes Viertelböck.